



Anfrage an meine/n Bundestagskandidaten*in



Fahrplan für den nächsten Deutschen Bundestag

Start: 24.09.2017

REISEZIEL
Friedensfähiges, nachhaltig handelndes Deutschland

WIR MISCHEN UNS EIN!
Wahlprogramm der Zivilgesellschaft

Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland seit 1995

NEIN!

Wir, die Wähler*innen, entscheiden am 24.09. über die Zusammensetzung des neuen Bundestages!

Zur Grundlage für Diskussionen mit Kandidierenden, allein oder in dafür organisierten Gruppen vor Ort und als Anfrage an die Kandidat*innen haben wir, Aktive aus sozialen Bewegungen, dieses Wahlprogramm zusammengestellt. Wir wollen, dass in möglichst vielen Wahlkreisen dieses „Wahlprogramm der Zivilgesellschaft“ öffentlich diskutiert wird. Können Sie dabei helfen?

Weitere Wahlprogramme können von uns bezogen oder aus dem Netz heruntergeladen bzw. weitergeleitet werden:
www.buergerbuendnis2017.de/Kampagnenmaterial/

HERZLICH WILLKOMMEN!

WELCOME ON BOARD!

Sehr geehrte Bundestagskandidatin, sehr geehrter Bundestagskandidat, ich bitte Sie, auf die folgenden Fragen bzw. Forderungen an die Politik der nächsten Legislaturperiode zu reagieren. Sie beruhen auf den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der UNO und den Vereinbarungen der Pariser Klimakonferenz, denen unsere Regierung ausdrücklich zugestimmt hat, die sie aber bisher nur halbherzig angeht.

Uns ist klar: Ein „Weiter so“ verlängert die Gefahr einer Katastrophe durch Krieg und Klimawandel, der schon jetzt unumkehrbar ist; ein „Weiter so“ verlängert das Schlittern am Abgrund der globalen Konflikte.

Um unser Ziel, ein glaubwürdig friedensfähiges, nachhaltig handelndes Deutschland ernsthaft zu erreichen, brauchen wir national und international neue und faire Umgangs- und Herangehensweisen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel muss der Bundestag endlich dem Friedensauftrag des Grundgesetzes, den Verpflichtungen aus dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ (1990/91), der „Charta von Paris für ein neues Europa“ (1990) und dem Völkerrecht gerecht werden.

In den nächsten Bundestag müssen Politiker*innen gewählt werden, die diese Verpflichtungen kennen, einhalten und umsetzen wollen.

Wir haben viele Organisationen und Gruppen der sozialen Bewegungen (s. nächste Seite) nach ihren wichtigsten Forderungen an die Kandidat*innen für den nächsten Bundestag befragt sowie nach Vorschlägen, wie diese umgesetzt werden können. Im Folgenden listen wir die Themen als Stationen auf unserer Reise auf. Es sind die wichtigsten Mosaiksteine für den Entwurf einer neuen Politik.

ATOMINDUSTRIE UND ATOMWAFFEN ab 11:55 an 11:59

4 min

Ich unterstütze das

Als erstes muss hier größtmögliche Sicherheit erreicht werden, denn nach einem GAU oder einem Atomwaffeneinsatz ist über hunderte, ja tausende Kilometer – je nach Windrichtung – keine humanitäre Hilfe mehr möglich.

1. AUF NATIONALEM GEBIET

So verlangen wir von der neuen Bundesregierung die Umsetzung folgender Forderungen:

Die sofortige Abschaltung aller AKW, inkl. Gronau, dem Zuliefererbetrieb für AKWs und Atomwaffenproduzenten.

Die Suche nach einem Endlager für Atom Müll darf nur nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen.

Die Brennelemente-Steuer muss weiterhin erhoben werden. Keine Vergünstigungen an Konzerne, die am Atomstrom jahrelang verdient haben, aber jede Haftung für die Folgen eines evtl. GAU in Deutschland ablehnen.

2. AUF INTERNATIONALEM GEBIET

Die BRD muss ihrem Anspruch auf Atomstopp auch international gerecht werden.

Unterstützung der internationalen Verhandlungen für einen weltweiten Verbotsvertrag für Atomwaffen.

Beendigung der nuklearen Teilhabe in der Nato.

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

Verzicht auf Subventionen, Bürgschaften und Proliferation von Atomtechnologie.

Anzeige

**BLÜMCHEN PFLÜCKEN
ZWISCHEN DEN HALTESTELLEN
VERBOTEN!**

**DIE ANSCHLUSSZÜGE
WARTEN NICHT.**

ABKEHR VON MILITÄRISCHER GEWALT ab Herbst 2017

Das Schlafwagenprogramm im Nachtzug ist eingestellt worden.

1. KRIEGE LÖSEN KEINE PROBLEME

Ich unterstütze das

Notwendig sind große Anstrengungen, um von Erdöl (z. B. Pipeline durch Afghanistan), Erdgas (Leitungen durch Syrien und die Türkei) und seltenen Erden (z. B. Kongo, China) unabhängig zu werden. Alle anderen Gründe für Auslandseinsätze, die oft mit wirtschaftlichen Interessen einhergehen, müssen transparent gemacht und zivil angegangen werden.

DESHALB FORDERN WIR:

Ich unterstütze das

a. die Auslandseinsätze der Bundeswehr abzubauen und zu beenden.

Stattdessen brauchen wir:

- Starken Einsatz für ein kollektives gewaltfreies Sicherheitssystem inkl. Russland.
- Entwicklung eines wirksamen Frühwarnsystems für drohende Eskalation von Konflikten und frühzeitige zivile Konfliktbearbeitung.
- Einrichtung von friedensfördernden politischen Institutionen, evtl. auch ein Ministerium für eine globale solidarische Gesellschaft, Stärkung deren Strukturen und Programme.
- Aufstockung der Ausbildung von Friedensfachkräften (Zivile Friedensdienste) und deren frühzeitige Entsendung in Spannungsgebiete.
- Auf- und Ausbau von Sozialer (ziviler) Verteidigung.
- Deutliche Aufstockung der Mittel für die intern. Stiftungen der Friedensforschung.
- Stärkung von Friedensprozessen unter UNO-Verantwortung und Einbeziehung der jeweiligen Zivilgesellschaften.
- Jede Maßnahme muss auf ihre Friedenstauglichkeit überprüft werden, ehe sie beschlossen wird („Do-no-harm“-Ansatz).

b. die Bundeswehr insgesamt abzubauen und gleichzeitig in ein Organ für internationale zivile Konflikt- und Katastrophenbewältigung umzuwandeln.

- Umschulung des Personals für Katastrophenhilfe, internationales THW, DRK, UNO-Blauhelme, Just Policing (in ein Rechtssystem eingebundene internationale Polizei).
- Zuerst Verzicht auf Angriffs-Waffen. Stetige Umwandlung des Haushaltsplans 14 (BM Verteidigung) in internationale Friedensarbeit.
- Solange es die Bundeswehr noch gibt, muss ein Zivilsteuergesetz eingeführt werden, nach dem alle Steuerzahlenden wählen können, ob der entsprechende Teil ihrer Steuern für militärische „Verteidigung“ eingesetzt werden darf, oder nur für zivile Zwecke. Grundlage ist Art. 4 GG = Gewissensschutz. Der Zwang für Menschen, mit ihren Steuern für Rüstung und Militär und damit für Krieg, Tod, Zerstörung und neues Unrecht zu zahlen, muss beendet werden (Stichwort Friedenssteuer).
- Werbung für die Bundeswehr beenden, insbesondere in Schulen und bei Ausbildungsmessen und Volksfesten.
- Auf- und Ausbau von Sozialer (ziviler) Verteidigung.
- Deutliche Aufstockung der Mittel für die intern. Stiftungen der Friedensforschung.
- Stärkung von Friedensprozessen unter UNO-Verantwortung und Einbeziehung der jeweiligen Zivilgesellschaften.
- Jede Maßnahme muss auf ihre Friedenstauglichkeit überprüft werden, ehe sie beschlossen wird.

2. ENDE DES RÜSTUNGSWETTLAUFS

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

- ausnahmsloses Verbot von Handel und Export von Waffen, von militärischen Systemen und sonstigen Rüstungsgütern inkl. Dual-Use-Gütern, Kleinwaffen, Uranmunition (DU), Kampfdrohnen, Killerrobotern und Nachbaulizenzen.
- Aufnahme dieses Verbots ins Grundgesetz.
- sofortige drastische Reduzierung der Ausgaben für Waffen und Militär.
- Verbot von Hermesbürgschaften für Waffenexporte
- Konversion hin zu ziviler Güterproduktion, Ausrüstung der Katastrophenhilfe.
- Rüstungsproduktion für Kriege um knappe Ressourcen ist eine absurde Ressourcenverschwendung.
- Wir verweigern die Aufstockung des Militäretats auf 2% des Bruttozialprodukts. Deutschland darf nicht zur stärksten Militärmacht Europas ausgebaut werden.

3. KEINE MITWIRKUNG MEHR IN MILITÄRISCHEN BÜNDNISSEN.

Wir fordern ...

- Kündigung aller diesbezüglichen Verträge (Nato, Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD).
- keine Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen.
- keine Stationierung ausländischer Soldaten in Deutschland.
- Schließung der Standorte in Büchel, Ramstein, Stuttgart, Kalkar, Dühren, etc.
- Schließung aller Truppenübungsplätze und Umwandlung in zivile Nutzung.
- Beendigung von Drohung gegenüber anderen Staaten inkl. Russland.

4. EINSATZ FREIWERDENER MITTEL AUS VERTEIDIGUNGSHAUSHALT FÜR:

- Für die vorgenannten Ziele, insbesondere auch für Konversion.
- Für ein breitangelegtes Programm zur Friedenserziehung in allen Bildungseinrichtungen von Kindergärten bis Hochschulen sowie in Programme für politische Bildung.
- Für die Institutionen der UNO, insbesondere die OSZE.
- Für den Abbau von Fluchtursachen und Aufstockung adäquater Versorgung von Geflüchteten.
- Für alle anderen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO.

Anzeige

WARUM DÜRFEN DIE BÜRGER WOHL WÄHLEN, ABER NICHT ABSTIMMEN?



Weil sie bei der Wahl ihre Stimme für vier Jahre abgeben, während sie beim Abstimmen Einfluss nehmen.

KLIMASCHUTZ ab Herbst 2017

ICE-Anschluss an das Pariser Klimaschutzabkommen muss erreicht werden.

Uns allen ist klar, dass das Pariser Klimaschutz-Abkommen eingehalten werden muss, um noch gravierendere Auswirkungen auf die Welt als bisher schon zu verhindern.

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

- sofortige und strukturierte Umsetzung klimaschützender Maßnahmen.
- Überarbeitung des „Nationalen Aktions-Plans Energieeffizienz“ (NAPE) der Regierung, und zwar vor der Aufstellung des Bundeshaushaltsplans 2018.

Als Sofortmaßnahmen:

- Weiteren Ausbau des ÖPNV, wirksame Werbung für den Umstieg aus dem Autoverkehr.
- Günstige Fahrpreise im ÖPNV für alle.
- Abschied von Verbrennungsmotoren in PKW, Reduzierung des LKW-Verkehrs.
- Ausbau und Sicherung von Bahnverkehr und Wasserstraßen. Lärmschutzmaßnahmen durch verbesserte Technik, nicht durch Mauern.
- Begrenzung der Gülle-Ausbringung auf Böden, um die Grundwasserbelastung zu beenden; Folge u. a.: einfachere Aufbereitung des Trinkwassers und Vermeidung weiterer Preissteigerungen für Trinkwasser.

ZUM THEMA „FLUCHTURSACHE KLIMAWANDEL“:

Mit steigender Erderwärmung steigt auch die Anzahl von Klima-Migranten, die jetzt schon das Dreifache der Kriegsflüchtlinge ausmachen (seit 2008 ca. 225 Mio. Menschen gegenüber 65 Mio. Kriegsflüchtlingen).

Folgende Maßnahmen können dazu beitragen, den Klimawandel abzumildern und damit die weitere Zunahme an Klima-Migration zu bremsen:

- Gezieltere Förderung von Energiesparen in privaten Haushalten, Büros und Verwaltungen, Industrie und Unternehmen, öffentlichem und Individualverkehr.
- Förderung der Forschung von Einsatz, Verteilung und Speicherung erneuerbarer Energien und von alternativen Motoren- und Antriebstechniken.
- Ausbau von erneuerbarer Energie an geeigneten Standorten, dezentral mit Förderung von kommunalen Energiegenossenschaften.
- Verbot der Privatisierung öffentlicher Versorgung mit Strom, Gas und Wasser.
- Entwicklungshilfe mit Schwerpunkten: Erhaltung der Landschaft und der bäuerlichen Produktionsweise; sinnvoller, fairer Einsatz der Ressource Wasser.
- Geregelte, menschenwürdige Wanderung möglich machen durch ein internationales Zuwanderungsgesetz.
- Abbau von Sperrzäunen.
- rasche Auszahlung der von Deutschland zugesagten 100 Milliarden Dollar zur Bewältigung der Klima-Migration.
- beschleunigter Kohleausstieg, Ende der Braunkohleverstromung und Verbot des Fracking.
- Marktenkung durch höhere Abgaben auf Fleisch, Verbot von Massentierhaltung damit Kontrolle und Reduzierung des Ausstoßes von klimaschädlichem Methan
- Beendigung von umweltschädigender Massenproduktion (insbes. von Plastikmüll)

▼ FLUCHTURSACHEN

ab Herbst 2017 Dieser Zug fährt täglich, auch sonn- und feiertags!
ICE-Anschluss an die Social Development Goals gewährleistet.

Am Thema „Fluchtursachen abstellen“ erkennt man den Zusammenhang aller Probleme mit einer verantwortungsbereiten Politik. Hier zeigt sich der innere Zusammenhang von Ökonomie, Ökologie und konstruktiver Konflikt- und Friedensarbeit.

Das Thema Flüchtlinge taucht in fast allen nachhaltigen Zielen der UNO (SDGs) direkt und indirekt auf.

FLUCHTURSACHEN ABSTELLEN HEISST:

Armut bekämpfen durch ...

Ich unterstütze das

- neues Aushandeln von Handelsverträgen auf Gegenseitigkeit mit realen Produktionsmöglichkeiten für benachteiligte Länder.
- Hilfe bei Neugestaltung der Wirtschaft und Infrastruktur benachteiligter Länder lokal und national unter Respektierung von Natur und Umwelt.
- Beachtung der Menschen- und Besitzrechte, striktes Verbot des Land-Grabbing.
- Hilfe bei der Schaffung nachhaltiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze.

Fluchtursachen werden außerdem bekämpft durch:

- Abbau von Produktion und Export von Rüstungsgütern, Beendigung der industriell-militärischen-politischen Verflechtungen.
- Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, der Meere und Wälder, wertvoller Biotope.
- Stärkung von Hygiene, Versorgung mit sauberem Wasser, Ernährung und Gesundheit als kommunale Daseinsvorsorge.
- Vermittlung von Investitionen in Bildung und berufliche Entwicklung.
- Hilfe bei der Schaffung von sicherem Wohnraum, angepasst an Klima- und Umweltbedingungen.
- Hilfe beim Aufbau einer Gewaltenteilung und eines an Menschenrechten orientierten unabhängigen Polizei- und Justizapparates.
- Schaffen von menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Das geht nur, wenn nachhaltig gewirtschaftet wird. Das geht nicht, so lange für den enormen Profit weniger Reichen produziert wird anstatt für die gleichberechtigte Versorgung aller.
- Gewalt, Mobbing, Diskriminierung, muss unterbunden werden. Wir brauchen ein Gesetz und eine Basis-Erziehung, die die Faszination der Gewalt, die imaginäre Erlösung durch Gewalt abbauen. Die Selbstkontrolle für Filme, Videospiele, Medien und Fernsehen muss ernster genommen werden. Wir brauchen einen „hippokratischen Eid“ für Medienschaffende.

Anzeige

**WIR WEIGERN UNS,
FEINDE ZU SEIN!**



Gegenseitige Anerkennung und Respektierung sind die Voraussetzungen für menschliche Sicherheit. Auf dieser Basis können globale Partnerschaften und schließlich ein internationales Sicherheitsvertragsnetz entstehen. Durch die deutsche Politik können hierfür notwendige Voraussetzungen angestoßen und geschaffen werden.

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

- ein Gesetz, das die UN-Leitlinien „Wirtschaft und Menschenrechte“ für deutsche Unternehmen über die gesamte Lieferkette verbindlich macht. Die Durchsetzung muss überprüft werden. Bei Verletzung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten muss den Betroffenen – auch im Ausland – ermöglicht werden, deutsche Unternehmen vor deutschen Gerichten zu verklagen.
- faire Handelsabkommen statt TTIP, CETA, TISA etc. Die EU muss – mit Deutschland als Vorreiter – die Handelsabkommen mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten nach den Prinzipien einer fairen globalen Wirtschaft neu verhandeln. Solange die einseitigen Interessen der Vertreter aus den Industriestaaten die Verhandlungen diktiert, wird der Welthandel nicht das SDG-Ziel erreichen, die massiven Ungleichheiten zwischen den Ländern abzubauen.
- ein Steuergesetz, das die Möglichkeiten von internationalen Konzernen, Steuern im Produktionsland zu umgehen, verhindert; deshalb muss Deutschland in der EU ein Gesetz vorschlagen, das eine EU-einheitliche Besteuerung von Finanztransaktionen regelt.
- ein Vergabegesetz des Bundes, nach dem Bund, Länder und Kommunen zu fairer Beschaffung verpflichtet werden. Öffentliche Stellen, die Steuergelder verausgaben, haben hier eine Vorbildfunktion. Sie sollen nur Waren und Dienstleistungen einkaufen, bei deren Produktion Arbeits- und Menschenrechte eingehalten und die Umwelt geschützt werden. Darüber ist ein jährlicher Kontrollbericht zu veröffentlichen.
- eine neue Agrarpolitik. Die deutsche und die europäische Agrarpolitik müssen kohärent sein mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO. Subventionen sind zu koppeln an Prinzipien einer nachhaltigen Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung, Erhaltung sauberer Gewässer, naturgemäßer Bodenerhaltung, Artenvielfalt und vielfältiger Kulturlandschaft.
- Lebensmittel-Ex- und Importe dürfen nicht die Märkte der belieferten Länder zerstören. Die Wettbewerbskontrollen und das Kartellamt müssen diese Leitlinien übernehmen und umsetzen. Agrarsubventionen für die Länder des Nordens zu Lasten von Entwicklungsländern sind zu streichen; industrieller Fischfang vor Küsten von Entwicklungsländern ist strikt zu unterbinden.

▼ FLÜCHTLINGSHILFE

ab Herbst 2017

Umsteigen in alle EU-Staaten

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

- Die Umsiedlung von Flüchtlingen aus Lagern in Mittelmeerländern inkl. Nachbarländern von Syrien in dünner besiedelte Länder muss unterstützt werden. Die Vergabe von EU-Geldern muss sich stärker an der Aufnahmebereitschaft eines Landes und am Bedarf für Flüchtlingshilfe und Integration orientieren.
- Als System für einen Lastenausgleich innerhalb der EU muss das Verursacherprinzip gelten: Wer mehr Waffen exportiert, muss deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen und mehr zahlen.
- Das skandalöse Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer und auf dem Landweg muss aufhören:**
- Schaffung von Möglichkeiten legaler Einwanderung.
- Enge Kooperation mit NRO, um Flüchtlinge aus Seenot zu retten.
- Militäreinsätze ersetzen durch Polizei, da es nicht um militärische Konflikte geht.
- Kriegsdienstverweigerung und Desertion werden als Asylgrund anerkannt (Asylgesetz).
- Keine (Abschiebe-)Haft für Nicht-Kriminelle.
- Respektierung von Kirchenasyl.

▼ IT-SICHERHEIT

ab Herbst 2017 Schnellzug, alle Experten sind an Bord
an Herbst 2019

Ich unterstütze das

- Diverse Internetkonzerne sammeln unsere Daten, mit denen sie ihre Macht ausbauen, und dealen damit ungefragt. Wir akzeptieren nicht, dass Google, Facebook, WhatsApp u. a. Persönlichkeitsprofile von uns anlegen. Wir haben ein Recht zu wissen, was über uns gespeichert wird, und wir haben das Recht, Lösungen zu verlangen.
- Das Internet** mit der dafür nötigen Infrastruktur ist wie das Verkehrsnetz, die Sprache, die Schrift und die Mathematik **Kulturgrundlage**, also ein öffentliches Gut. Es gehört in unsere eigene Obhut und Verwaltung – es darf kein Feld für Spekulationsgeschäfte sein.
- Wir fordern, dass die Grundsätze des Datenschutzes, der Einwilligungsvorbehalt, die Datensparsamkeit, die Zweckbindung auch online gelten. Dies durchzusetzen ist Aufgabe des Staates.
- Algorithmen** bestimmen heute, wer wie viel zu bezahlen hat, welche Werbung uns angeboten wird, welche Kreditbedingungen wir bekommen. Je nach Wohnort und Endgerät sind die Produkte für uns unterschiedlich teuer. Gegen solches Ausspähen, Ausspielen und Diskriminieren muss ein staatlicher, öffentlicher Schutz aufgebaut werden: es braucht hierfür ein durchgreifendes **Nutzerschutzgesetz**.
- Provisionen, Gebühren und Online-Profitte müssen transparent sein und es muss für sie Obergrenzen geben.
- Das Recht auf digitale Selbstbestimmung wird hergestellt, indem der Staat folgende Forderungen umsetzt:**
- Die Netztechnik wird der Privatisierung und der Finanzspekulation entzogen.
- Die digitale Infrastruktur und die private Kommunikation werden gewährleistet, gemäß den Grundrechten verwaltet und vor Manipulation durch Wirtschaftsunternehmen und Geheimdienste geschützt.
- Die Sicherheit des Netzes ist staatliche Aufgabe; Manipulationen zum Datenmissbrauch, auch in feindlicher, kriegerischer Absicht, werden unterbunden.
- Auf eine militärische Nutzung des Internets wird verzichtet: keine Vorbereitung von Kriegen im Cyberraum, keine Erarbeitung der Technik automatisierter Kriege, Verzicht auf die Entwicklung offensiver Cyberwaffen und waffentragender Robotersysteme.
- Entwicklung von internationalen Verträgen für den Bann von Cyberwaffen und autonomen Waffensystemen. Die IT-Infrastruktur als Voraussetzung für zivilisatorisches, kulturelles Leben im 21. Jahrhundert wird umfassend geschützt.
- In allen Landesteilen wird schneller und zuverlässiger Netzzugang zur Verfügung gestellt.
- Kommunikation durch Maschinen wird erkannt und offen gelegt bzw. verhindert.
- Manipulation, Desinformation, menschenrechtswidrige Kontakte werden technisch verhindert.
- Digitale Kompetenz wird allen Generationen als Bildungsziel angeboten. Die pädagogische Aus- und Weiterbildung wird entsprechend eingerichtet.
- Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird entsprechend ausgebaut und unabhängig gestellt. Es bekommt zusätzlich die Aufgabe, die Netzneutralität und die Machtkonzentration von IT-Konzernen zu überprüfen.
- Selbstkontrollgremien wie bei Presse, Filmen und Computerspielen werden eingerichtet.

Die Digitalisierung gestaltet unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt, aber auch unser Privatleben um. Das kann **Freiräume** schaffen – für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Gesellschaft durch Heimarbeitsplätze, flexiblere Arbeitszeiten, Qualifizierung, Weiterbildung, mehr Zeit für Ehrenamt und politisches Engagement.

▼ STÄRKUNG UNSERER DEMOKRATIE

ab Herbst 2017

an Herbst 2018 nach einer Fortbildung des Zugpersonals in der Schweiz

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

die Einführung des bundesweiten dreistufigen Volksentscheids nach dem Modell von „Mehr Demokratie e. V.“. Unsere Demokratie braucht eine ständige Weiterentwicklung durch Information und mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen auf allen Regierungsebenen.

▼ REFORM UNSERES GELDSYSTEMS

ab Herbst 2017 Mehrere Aufenthalte wegen Sabotage
Ankunft offen

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

eine nachhaltige Reform unseres Geldsystems, das Finanzkrisen, wie wir sie 2008 und danach erlebt haben, vorbeugt. Finanzfachleute rechnen mit weiteren und schweren Krisen.

Eine Möglichkeit könnte sein, dass die Zentralbank als einziges Institut zur Geldschöpfung berechtigt wird. Damit würde alles Geld zu Zentralbankgeld und zu einem voll gültigen Zahlungsmittel. Ein unabhängiges Organ mit Verfassungsrang muss die Geldmenge bestimmen und überwachen. Es muss die Preisstabilität bewahren und sichern.

Unsere Regierung muss Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen beauftragen, Lösungen zu entwickeln zum Abbau der massiven Einkommensunterschiede in unserem Land.

eine echte Kreislaufwirtschaft.

Anzeige

INFLATION ALS STIMULANZ FÜR „WACHSTUM“ GEHÖRT IN DIE MOTTENKISTE DER IDEOLOGIEN.

**Eine sich stetig in Richtung Nachhaltigkeit erneuernde Wirtschaft
braucht verlässliche Daten – und nicht Angstmacher und Arbeitslose.**

▼ INTEGRATION BEHINDERTER MENSCHEN

ab Herbst 2017 Vermeidung aller Sackbahnhöfe

Keine entgeltliche Ankunft Dauerhaft unterwegs

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

dass mehr Menschen mit Behinderung einen besseren Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden. Die Werkstätten für Behinderte („Sonderarbeitsmarkt“) sollen nicht erweitert werden, die schulische Integration soll Vorrang haben.

▼ STÄRKUNG DES EHRENAMTS

ab Herbst 2017

An allen Stationen werden laufend weitere Wagen angehängt.

Wir fordern ...

Ich unterstütze das

ein Ehrenamtsgesetz, das Qualifizierung und Absicherung regelt. Es muss eine großzügigere Aufwandsentschädigungsregelung geschaffen werden. In den Landkreisen sind Ehrenamtsberatungsstellen einzurichten.

REISEBEGLEITUNG

**Diese Gruppen schicken uns ihre Forderungen,
die ersten 22 sind zudem unsere Unterstützer:**

Aachener Aktionsgemeinschaft „Frieden jetzt!“
Akademie Solidarische Ökonomie
Arbeitskreis für Menschen mit und ohne Behinderung/AKBN, Freiburg
Bildung für Frieden Dortmund
Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg
Coordination gegen BayerGefahren, Düsseldorf
Freiburger Friedensforum
Friedensforum Dortmund
Friedensinitiative Hersfeld-Rotenburg
Initiativkreis Frieden Nürnberg
Keine Waffen vom Bodensee
KURVE Wustrow
Nürnberger Ev. Forum für den Frieden
Netzwerk Friedenssteuer
Ökumenisches Netz Nord- und Ostthessen
ORL Ohne Rüstung Leben, Stuttgart
Pax Christi Bamberg
Regionales Friedensbündnis Villingen-Schwenningen
RüstungsInformationsBüro/RIB, Freiburg
Würselener Initiative für den Frieden

Forderungen weiterer Gruppen:

Aktion Aufschrei – Stopp den Waffenhandel
Aktion Stopp Ramstein
Arbeitskreis Ökonomie und Kirche - Berlin
Attac, Frankfurt/Main
Aufbruch anders besser leben
Bremer FriedensForum/BFF
BUND Hessen
Bund für Soziale Verteidigung
Connection e. V., Offenbach
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen
Forum FriedensEthik/FFE, Karlsruhe
Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF)
Forum Ziviler Friedensdienst
Frauen wagen Frieden (Rheinland-Pfalz und Saarland)
Hilfe zum Weiterleben e. V., Detmold
Initiative „Kein Militär mehr!“, Hannover
Internationaler Versöhnungsbund deutscher Zweig
Kampagne Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien
Kath. Pfarrgemeinde St. Martin & Severin, Bad Godesberg
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Lippe im Wandel, Detmold
Mehr Demokratie
Ökumenische Initiative Eine Welt
Ökumenisches Netz Württemberg/ÖNW
Ordensleute für den Frieden, Neu Isenburg
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden/PPF, Siegen
Pressehütte Mutlangen

Sehr geehrte Bundestagskandidatin, sehr geehrter Bundestagskandidat, soweit erst einmal der – unser – Fahrplan der sozialen Bewegungen. Auf den ersten Blick vielleicht erschreckend viel und vielleicht merken Sie erst im Verlauf der Legislaturperiode, wie eng all diese Schritte notwendigerweise zusammen gehören, um eine glaubwürdige Politik zu gestalten.

Wir sind auf Ihre Reaktion/Antwort sehr gespannt. Wir werden sie veröffentlichen, damit die Wählerinnen und Wähler sich selber ein Bild machen können, wen sie am 24.09. wählen.

Vielen Dank für die Zeit, die Sie unserem Anliegen – einer wirklich friedensfähigen, nachhaltigen Politik – gewidmet haben.

Vielleicht auf Wiedersehen im neuen Bundestag!

Ihr(e)

Bitte senden Sie diese Blätter oder eine Kopie mit Ihren Stellungnahmen an die u. g. Adresse des Kampagnenbüros. Wir werden daraus eine Übersicht über die eingereichten Stellungnahmen erstellen und als mögliche Orientierungshilfe verbreiten.

SPENDENBITTE

Kampagnen kosten Geld – sogar reichlich.
Deshalb freuen wir uns über jede Spende.

Netzwerk Friedenssteuer e. V.
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00
Verwendungszweck: Kampagne

Eine Spendenbescheinigung stellen wir im folgenden Jahr aus.



KAMPAGNE BÜRGERBÜNDNIS 2017

WAHLPROGRAMM DER ZIVILGESELLSCHAFT

Kampagnenbüro Bürgerbündnis 2017

Michael Held und Marco Gritzan
Klausstraße 31 | 36251 Bad Hersfeld
Telefon 06621 640 58 28

m.held@buengerbuendnis2017.de
m.gritzan@buengerbuendnis2017.de
www.buengerbuendnis2017.de
www.friedenssteuer.de